

1. Vertragsabschluss; Kreditbetrag, Mandat zum SEPA-Lastschriftverfahren, Vertragszinsen

1.1 Der Kunde bietet der DL den Abschluss eines Investitionskreditvertrages (nachstehend "Kreditvertrag" genannt) an. Der Kunde ist an das Angebot bis zum Ablauf eines Monats ab Eingang des Angebotes und der zur Prüfung erforderlichen Unterlagen (siehe auch Ziffer 13.1) bei der DL gebunden.

Der Kunde und gegebenenfalls der Mithaftende verzichten hiermit auf den Zugang einer Annahmeerklärung der DL. Die DL wird den Kunden und den Mithaftenden von der Annahme unterrichten.

1.2 Der Kunde und die DL sind sich einig, dass sich der Kreditbetrag z. B. bei einer Erhöhung des Kaufpreises oder Änderungen in der Höhe und der Anzahl von Anzahlungen und Eigenanteil im gleichen Verhältnis ändern kann. Eine Erhöhung des Kreditbetrages ist nur wirksam, wenn die DL der Erhöhung zuvor zugestimmt hat. Ändert sich dementsprechend der ursprünglich im Vertrag ausgewiesene Kreditbetrag, ändern sich die vereinbarten Zahlungen (Raten) im gleichen Verhältnis.

Bei Auszahlungen der DL in ausländischer Währung ist der Kreditbetrag der Betrag in EURO, der sich unter Berücksichtigung des in Anrechnung gebrachten Wechselkurses ergibt. Die in diesem Zusammenhang anfallenden banküblichen Spesen hat der Kunde der DL auf deren Anforderung zu erstatten.

1.3 Soweit der DL nicht bereits ein wirksames Mandat zum SEPA-Lastschriftverfahren vorliegt, verpflichtet sich der Kunde der DL ein Mandat in der mit seinem Kreditinstitut vereinbarten Weise zu erteilen. Der Kunde wird der DL ein Mandat auf der Grundlage des von der DL vorgelegten Musters (SEPA-Lastschriftmandat) erteilen, soweit nicht ein SEPA-Firmenlastschriftmandat vereinbart oder von der DL vorausgesetzt worden ist.

Soweit die Erteilung eines SEPA-Firmenlastschriftmandates vereinbart oder vorausgesetzt ist und das Mandat dem Kreditinstitut des Kunden noch nicht angezeigt wurde, beauftragt der Kunde die DL seinem Kreditinstitut die Erteilung des Mandates anzuzeigen. Die DL wird dem Kreditinstitut zu diesem Zweck eine Ausfertigung des ihr erteilten Mandates übermitteln.

Zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs wird eine Frist für die Information vor Einzug der fälligen Zahlungen von mindestens einem Tag vor der Belastung vereinbart.

1.4 Der Kalkulation der vereinbarten Zahlungen (Zins und Tilgung) liegen - soweit nicht eine Sonderfinanzierung, z. B. im Rahmen eines Förderprogramms vereinbart wurde - die Kapitalmarktverhältnisse bei Abschluss des Vertrages zu Grunde. Bei einer Veränderung der Kapitalmarktverhältnisse von diesem Zeitpunkt an bis zur Auszahlung der Kreditmittel (Laufzeitbeginn) sind die DL wie auch der Kunde innerhalb von 4 Wochen nach Laufzeitbeginn berechtigt, eine Anpassung der vereinbarten Zahlungen zu verlangen. Danach bleiben die vereinbarten Zahlungen mit Ausnahme anderer im Vertrag vorgesehener Anpassungen (z. B. Umsatzsteuer, Versicherungsraten) unverändert.

Eine Veränderung der Kapitalmarktverhältnisse im Sinne des vorstehenden Absatzes liegt bei einer Veränderung der Zinsstrukturkurve vor. Die Zinsstrukturkurve für 3 - 12 Monate ergibt sich z. B. aus dem von dem Informationsdienst REFINITIV auf dessen Seite veröffentlichten Euribor und ab 12 Monaten aus den Zins-Swapsätzen für den EURO für die entsprechenden Laufzeiten. Als Zins-Swapsätze werden die unter anderem vom Informationsdienst REFINITIV auf dessen Seite mit dem RIC-Code "EURIRS", Spalte: Brief/ASK kostenpflichtig veröffentlichten Werte herangezogen. Auf Anfrage wird die DL dem Kunden diese Informationen zur Verfügung stellen. Auf der Grundlage der so zu ermittelnden Zinsstrukturkurve wird unter entsprechender Gewichtung der Laufzeit und der Kapitalbindung ein Zins ("Referenzzins") ermittelt. Zwischenwerte innerhalb der jeweils angegebenen Zinslaufzeiten werden interpoliert. Der Referenzzins wird zur Bestimmung der Veränderung der Kapitalmarktverhältnisse, die der Kalkulation des Vertrages in dem in Absatz 1 genannten Zeitraum zu Grunde liegen, herangezogen.

Der Euribor wie auch die EURO-Zins-Swapsätze auf der Seite des Informationsdienstes REFINITIV mit dem RIC-Code "EURIRS" oder eine an ihre Stelle getretene Informationsquelle sind bei Abschluss des Vertrages eine geeignete Indizierung für die Finanzierungseinstandskosten durch die DL. Sollten diese Zinssätze und damit der daraus ermittelte Referenzzinssatz nach allgemeiner Meinung der Marktteilnehmer bei Beginn der Vertragslaufzeit die Finanzierungseinstandskosten nicht mehr in angemessener Weise abbilden, liegt ein Fall der Marktstörung vor. Bei einer Marktstörung erfolgt die Anpassung der vereinbarten Zahlungen auf der Basis der tatsächlich von der DL aufgewendeten Finanzierungseinstandskosten, es sei denn, der Kunde weist eine strukturell vergleichbare günstigere Finanzierungsmöglichkeit nach.

Im Falle einer Sonderfinanzierung über Fördermittel tritt an die Stelle der Kapitalmarktverhältnisse der Zinssatz der Sonderfinanzierung als Referenzzins.

Zur Neuberechnung der vereinbarten Raten wird zunächst der Gegenwartswert (Barwert) der vereinbarten Zahlungen für Zins und Tilgung mit dem ursprünglichen Referenzzins als Abzinsungszins ermittelt. Dieser wird dann zu der Neuberechnung der Raten mit dem geänderten Referenzzins als Abzinsungszins bei ansonsten unveränderten Kalkulationsparametern und -methoden zu Grunde gelegt. Alle anderen Kalkulationsparameter und -methoden bleiben bei der Neuberechnung unverändert. Damit erfolgt keine Anpassung zusätzlicher Zahlungen, zu Beginn oder zum Ende der vereinbarten Laufzeit, die nicht Zins oder Tilgung betreffen.

2. Sicherheiten, Sicherungszweck

Da der Kreditvertrag ausschließlich zur Finanzierung des Gegenstandes dient und der Kreditbetrag durch den Kunden erst in Anspruch genommen werden kann, wenn alle nachfolgenden Voraussetzungen dafür erfüllt sind, vereinbaren der Kunde und die DL, dass mit Abschluss des Kreditvertrages (nachstehend "Übereignungszeitpunkt") der Anspruch des Kunden gegen den Verkäufer auf Übereignung des von der DL zu finanzierenden Gegenstandes nebst wesentliche Bestandteile und Zubehör (im folgenden "Sicherungsgut" genannt) auf die DL übergeht.

Das Sicherungsgut dient zur Sicherstellung aller bestehenden und künftigen - auch bedingten oder befristeten - Ansprüche der DL gegen den Kunden (Sicherungszweck). Sollte zu dem Übereignungszeitpunkt der Kunde bereits ein Anwartschaftsrecht am Sicherungsgut innehaben, wird er gegenüber dem Verkäufer auf dieses Anwartschaftsrecht verzichten. Dazu bevollmächtigt er die DL, in seinem Namen mit dem Verkäufer des Sicherungsgutes die Aufhebung des Anwartschaftsrechtes zu vereinbaren. Zugleich stimmt der Kunde zu, dass der Verkäufer das Eigentum mit vollständiger Zahlung des Kaufpreises unmittelbar auf die DL überträgt. Die DL überlässt dem Kunden das Sicherungsgut leihweise und unentgeltlich. Für das Leihverhältnis gelten die nachstehenden Bedingungen und Pflichten des Kunden gemäß Ziffer 7; danach behandelt er das Sicherungsgut mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns.

Handelt es sich bei dem Sicherungsgut nicht um eine Sache nach § 90 BGB, sondern um ein Recht, insbesondere ein Nutzungsrecht an Software, so tritt der Kunde dieses Nutzungsrecht hiermit zu dem in dieser Ziffer genannten Sicherungszweck an die DL ab. Ist die DL zu der Verwertung des Nutzungsrechts nach Maßgabe der folgenden Ziffer 10 berechtigt, wird der Kunde die bei ihm verbliebene Programmkopie an die DL herausgeben und die Löschung der Programmkopie bestätigen. Im Übrigen gelten die Regelungen des Kreditvertrages, insbesondere derer der Ziffern 2, 4, 7 und 10 für das Nutzungsrecht entsprechend.

Unbeschadet der Eigentumsverhältnisse am Sicherungsgut trägt der Kunde alle mit dem Eigentum, Besitz und Betrieb des Sicherungsgutes verbundenen Steuern und Abgaben sowie Haftungen und Risiken, auch bei Maßnahmen von hoher

Hand. Soweit der Kunde zum Übereignungszeitpunkt bereits Eigentümer des Sicherungsgutes ist, überträgt er das Eigentum auf die DL. Die Übergabe des Sicherungsgutes wird dadurch ersetzt, dass die DL dem Kunden das Sicherungsgut unentgeltlich leiht; falls ein Dritter im Besitz des Sicherungsgutes sein sollte, tritt hiermit der Kunden den gegen den Dritten gerichteten Herausgabeanspruch an die DL ab und er wird der DL auf deren Anforderung eine entsprechende Bestätigung der Abtretung zur Anzeige an den Dritten erteilen.

Nach Sicherungsübereignung ausgebauten Teile des Sicherungsgutes bleiben bis zu dem Zeitpunkt im Eigentum der DL, in dem sie durch gleichwertige Teile ersetzt sind; hinzu erworbene Bestandteile und Zubehörstücke gehen mit der Einbringung bzw. Ersetzung in das Eigentum der DL über und werden dem Kunden gleichfalls zur leihweisen Benutzung überlassen. Stehen dem Kunden aus dem Sicherungsgut bei Abschluss des Kreditvertrages und bis zur vollständigen Befriedigung der DL Zahlungsansprüche gegen Dritte, auch gegen Schädiger und Versicherungen, z. B. aufgrund einer Beschädigung, eines Abhandenkommens oder eines Untergangs des Sicherungsgutes zu, so tritt er diese hiermit an die DL zu dem in dieser Ziffer genannten Sicherungszweck ab.

In gleicher Weise und zu dem gleichen Sicherungszweck tritt der Kunde an die DL etwaige Zahlungsansprüche ab, die sich aus der Geltendmachung von Rücktrittsrechten, Schadensersatzansprüchen oder Garantieansprüchen gegen den Lieferanten oder gegen einen Garantiegeber ergeben, soweit diese eine Verpflichtung zur Rückzahlung des Kaufpreises zum Inhalt haben oder sichern.

Der Kunde bleibt bis auf Widerruf ermächtigt und verpflichtet, die der DL aufgrund der vorstehenden Regelungen abgetretenen Ansprüche im eigenen Namen, auf eigene Kosten und auf Verlangen der DL zur Zahlung an diese geltend zu machen und ggf. beizutreiben.

Die DL nimmt sämtliche vorgenannten Abtretungen mit Abschluss des Kreditvertrages an.

3. Nachbesicherungsrecht

Die DL kann vom Kunden die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten für seine Verbindlichkeiten verlangen, wenn sich aufgrund nachträglich eingetretener oder bekannt gewordener Umstände, z. B. aufgrund einer Verschlechterung oder drohenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, eines Mithaftenden oder Bürgen, oder des Werts bestehender Sicherheiten, eine Veränderung der Risikolage ergibt. Die DL ist insbesondere berechtigt, Änderungen der Zahlungsverpflichtungen des Kunden im Zins- und Tilgungsplan (z. B. Streckungen der Vertragslaufzeit und Stundungen der Ratenzahlung) von der Stellung weiterer Sicherheiten abhängig zu machen.

4. Sicherheitenfreigabe

Nach Befriedigung sämtlicher dem Sicherungszweck gemäß Ziffer 2 unterfallenden Forderungen wird die DL das Eigentum an dem noch vorhandenen Sicherungsgut auf den Kunden zurück übertragen. Diese Rückübertragung bedarf der ausdrücklichen Erklärung der DL.

Für den Fall, dass zusätzlich zur Sicherungsübereignung weitere Sicherheiten vom Kunden oder dritten Sicherungsgebern gewährt wurden, ist die DL schon vor Wegfall des Sicherungszweckes gemäß Ziffer 2 verpflichtet, auf schriftliches Verlangen des Kunden und nach Wahl der DL solche Sicherheiten ganz, einzeln oder auch nur teilweise freizugeben, sofern der realisierbare Wert sämtlicher Sicherheiten 120 % der gesicherten Ansprüche nicht nur vorübergehend überschreitet.

Die DL wird bei der Auswahl der freizugebenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden, eventueller Mithaftender und der Besteller zusätzlicher Sicherheiten Rücksicht nehmen.

5. Auszahlungen

Die DL ist zur Auszahlung des Kreditbetrages erst verpflichtet, wenn die Sicherheiten nach Ziffer 2 wirksam bestellt sind und sämtliche im Kreditvertrag vereinbarten Auszahlungsvoraussetzungen gegenüber der DL erfüllt sind. Der Kunde ist verpflichtet, alle Auszahlungsvoraussetzungen herbeizuführen. Sollten der DL zwischen Abschluss des Kreditvertrages und Auszahlung nach dieser Ziffer Umstände über die Person oder die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden und/oder eines Mithaftenden bekannt werden, die die DL bei Kenntnis zur Ablehnung des Kreditvertrages veranlassen hätten, ist die DL berechtigt, ohne Einhaltung einer Frist den Kreditvertrag nach Ziffer 9 außerordentlich zu kündigen, unabhängig davon, ob diese Umstände vor oder nach Abschluss des Kreditvertrages entstanden sind. Ist der Kreditbetrag - auch teilweise - noch nicht ausgezahlt, ist die DL zur Verweigerung der Auszahlung aus den vorgenannten Gründen berechtigt.

Gleiches gilt, wenn der Kunde die Auszahlungsvoraussetzungen nicht binnen eines Jahres nach der Annahme dieses Kreditvertrages durch die DL herbeiführt und eine einmalige Mahnung mit Ablehnungsandrohung nach Ablauf einer angemessenen Frist erfolglos geblieben ist.

6. Pfand- und Zurückbehaltungsrechte

Der Kunde verzichtet gegenüber der DL auf etwaige Pfand- und Zurückbehaltungsrechte. Gegen Forderungen der DL darf der Kunde nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen aufrechnen.

7. Pflichten des Kunden

Der Kunde ist verpflichtet,

- das Sicherungsgut und sämtliche weitere vereinbarte Sicherheiten auf seine Kosten wirksam zu Gunsten der DL zu bestellen und alle hierzu erforderliche Maßnahmen zu ergreifen bzw. Erklärungen abzugeben,
- das Sicherungsgut pfleglich zu behandeln, die vom Hersteller vorgeschriebenen Pflegedienste und Inspektionen etc. termingerecht durchführen zu lassen sowie auf eigene Kosten die notwendigen Reparaturen unter Verwendung gleichwertigen Materials zu besorgen,
- das Sicherungsgut über vorstehende Verpflichtung hinaus zu pflegen und zu warten, sofern dem Kunden entsprechende Hinweise seitens seines Lieferanten gegeben wurden, um z. B. einem Verschleiß vorzubeugen,
- im Falle der Mangelhaftigkeit des Sicherungsgutes ihm ggf. gegenüber dem Lieferanten zustehende Gewährleistungsansprüche geltend zu machen,
- die DL von der Geltendmachung der gemäß Ziffer 2 der DL abgetretenen Rechte unverzüglich zu unterrichten,
- den Beauftragten der DL jederzeit zu ermöglichen, das Sicherungsgut zu besichtigen und es als Eigentum der DL zu kennzeichnen,
- vor Überlassung des Sicherungsgutes an einen Dritten im Inland oder einer Verbringung des Sicherungsgutes aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die schriftliche Einwilligung der DL einholen, die diese nicht willkürlich verweigern wird,
- die DL unverzüglich über alle sonstigen Veränderungen des Standortes des Sicherungsgutes zu benachrichtigen,
- über das Sicherungsgut nicht zu verfügen, insbesondere es nicht zu veräußern oder zu verpfänden,
- es von Rechten Dritter freizuhalten, eine Zwangsvollstreckung in das Sicherungsgut oder das Grundstück, auf dem es sich befindet, der DL unverzüglich mit Einschreiben zu melden und alle Kosten etwaiger Interventionsmaßnahmen einschließlich der Kosten eines Korrespondenzanwaltes zu tragen,
- das Sicherungsgut nicht zu gesetzwidrigen Zwecken zu nutzen oder eine solche Benutzung zu dulden, er wird die DL von Ansprüchen Dritter freistellen, die sich aus dem Gebrauch des Sicherungsgutes ergeben, auch aus Patent- und Schutzrechtsverletzung einschließlich Urheberrechts-

verstößen,

- der DL alle Aufwendungen zur Rückschaffung des Sicherungsgutes zu erstatten, falls Besitz oder Gewahrsam daran dem Kunden entzogen wurden,
- alle im Zusammenhang mit der Sicherungsübereignung und ihrer Durchführung entstehenden Gebühren und Kosten zu tragen.
- die Änderung seines Geschäftssitzes der DL unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unterlässt der Kunde die Mitteilung pflichtwidrig, ist die DL berechtigt, selbst die aktuelle Anschrift des Kunden zu ermitteln und für ihre dabei entstehenden Aufwendungen pauschalierten Ersatz in Höhe von EUR 50 vom Kunden zu verlangen. Dem Kunden bleibt es unbenommen, nachzuweisen, dass der DL kein Aufwand oder jedenfalls nicht in dieser Höhe entstanden ist. Der DL bleibt der Nachweis eines höheren Aufwandes vorbehalten.
- das Sicherungsgut sachgemäß zu verwahren sowie zu versichern. Der Kunde tritt die Ansprüche aus seiner Versicherung an die DL zur Sicherung ihrer Forderungen aus dem Kreditvertrag hiermit ab. Die DL nimmt die Abtretung hiermit an.

Die Versicherung hat mindestens die Gefahren Feuer, Einbruchdiebstahl, Leitungswasser, Sturm und Hagel abzudecken. Ist eine elektronische Ausrüstung (z. B. Computer-Hardware oder Medizintechnik) Sicherungsgut, hat der Kunde für dieses Sicherungsgut eine Elektronikversicherung zu schließen. Sofern eine Maschine Sicherungsgut ist, hat der Kunde eine Maschinenversicherung zu schließen.

Zum Nachweis einer solchen Versicherung und der Abtretung der Ansprüche hieraus hat der Kunde einen ausgefüllten und von ihm sowie einer Versicherungsgesellschaft unterschriebenen VdS-Sicherungsschein im Original bei der DL einzureichen. Von der vorbezeichneten Pflicht zur Versicherung des Sicherungsguts ist der Kunde befreit, wenn und soweit die DL ihm auf seinen Wunsch einen Versicherungsschutz für das Sicherungsgut verschafft.

Entschädigungsleistungen von Versicherern oder anderen Dritten an die DL werden dem Kunden nach seiner Reparaturleistung vergütet.

Verzögert sich die Durchsetzung von Ansprüchen gegen Versicherer oder andere Dritte, kann der Kunde verlangen, dass ihm die DL diese Ansprüche abtritt.

Die DL behält sich vor, im Einzelfall hiervon abweichende Regelungen zu treffen und kann insbesondere erklären, dass sie auf die hier geregelte Versicherungs- und Nachweispflicht ganz oder teilweise verzichtet.

8. Leistungsbefreiung bei Geschäften in ausländischer Währung

Die Verpflichtung der DL zur Ausführung einer Verfügung in ausländischer Währung oder zur Erfüllung einer Verbindlichkeit in ausländischer Währung ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie die DL in der Währung, auf die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die DL auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Das Recht des Kunden und der DL, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

9. Außerordentliche Kündigung

Eine fristlose Kündigung des Kreditvertrages ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, aufgrund dessen dem Kündigenden die Fortsetzung der Geschäftsbeziehung nicht zugemutet werden kann. Dabei sind die berechtigten Belange des anderen Vertragspartners zu berücksichtigen.

Für die DL ist ein solcher Kündigungsgrund über die vorstehen-

den allgemeinen Regelungen hinaus insbesondere dann gegeben, wenn aufgrund der nachfolgend beispielhaft aufgeführten Umstände die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen des Kunden oder die Durchsetzbarkeit der Ansprüche der DL - auch unter Verwertung etwaiger Sicherheiten - gefährdet wird:

- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse oder Auszahlungsvoraussetzungen zur Erlangung des Kreditvertrages gemacht hat, die für die Entscheidung der DL über die Gewährung des Kredites oder die Auszahlung des Kreditbetrages von erheblicher Bedeutung waren, oder
- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse während der Laufzeit des Kreditvertrages gemacht hat, oder
- wenn eine wesentliche Verschlechterung oder eine erhebliche Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder in der Werthaltigkeit der für den Kreditvertrag gestellten Sicherheiten eintritt, insbesondere wenn der Kunde die Zahlungen einstellt oder erklärt, sie einstellen zu wollen, oder wenn von dem Kunden angenommene Wechsel zu Protest gehen; oder
- wenn gegen den Kunden eine Zwangsvollstreckung eingeleitet wird oder;
- wenn sich die Vermögensverhältnisse eines Mitverpflichteten oder eines persönlich haftenden Gesellschafters des Kunden wesentlich verschlechtert haben oder erheblich gefährdet sind, sowie bei Tod oder Wechsel des persönlich haftenden Gesellschafters des Kunden oder
- der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung vereinbarter Sicherheiten nicht innerhalb der von der DL gesetzten Frist nachkommt, insbesondere auch wenn das Sicherungseigentum der DL bestritten wird, verloren geht, erheblich beschädigt, beschlagnahmt oder auf sonstige Weise der Inbesitznahme durch die DL entzogen wird oder
- der Kunde mit einer nach dem Vertrag geschuldeten Zahlungspflicht in Verzug ist und der DL unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann - dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn der Kunde mit zwei Raten in Verzug ist, oder, wenn längere als monatliche Zahlungs-termine vereinbart sind, wenn der Kunde mit einer Rate länger als zwei Monate in Verzug ist - oder
- wenn der Kunde eine sonstige wesentliche Verpflichtung, die sich aus diesem Kreditvertrag oder einer in dem Zusammenhang mit dem Abschluss des Kreditvertrages getroffenen Vereinbarung ergibt, nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung nicht erfüllt.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Kreditvertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Etwas anderes gilt nur, wenn der Kunde die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert, er die Leistung zu einem im Vertrag bestimmten Termin oder innerhalb einer bestimmten Frist nicht bewirkt, obwohl die DL den Fortbestand ihres Leistungsinteresses vertraglich an die Rechtzeitigkeit der Leistung gebunden hat, oder wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen eine sofortige Kündigung rechtfertigen.

Unbeschadet ihres Rechts zur fristlosen Kündigung aus wichtigen Grund kann die DL sämtliche Forderungen gegen den Kunden für sofort fällig und zahlbar erklären, und zusätzlich eine Vorfälligkeitsentschädigung verlangen, die sich aus einem Verlust, der ihr aus der Wiederanlage des vorzeitig freiwerdenden Kapitals entsteht, ergibt.

10. Verwertungsrecht

Mit der Kündigung durch die DL gemäß vorstehender Ziffer 9 wird das Leihverhältnis beendet und der Kunde verliert damit das Recht zum Besitz des Sicherungsgutes und ist zu dessen sofortiger Herausgabe (einschl. Schlüssel und aller Urkunden

und Programmkopien auf Datenträger für Software) an die DL verpflichtet. Gleiches gilt für den Fall, dass die DL sämtliche Forderungen gegen den Kunden für sofort fällig und zahlbar erklärt und dem Kunden die Verwertung des Sicherungsgutes unter Setzung einer angemessenen Frist schriftlich androht und die Frist ergebnislos verstrichen ist. Die Fristsetzung ist entbehrlich, wenn sie untunlich erscheint (Gefahr in Verzug).

Stellt der Abschluss dieses Vertrages für den Kunden ein Handelsgeschäft dar, beträgt die Frist mindestens eine Woche. In allen übrigen Fällen beträgt sie einen Monat.

Die DL ist bei Eintritt der vorgenannten Ereignisse berechtigt, das Sicherungsgut zu verwerten. Der Kunde gestattet der DL hiermit unwiderruflich das Betreten des Geländes und Gebäudes zur Wegnahme des Sicherungsgutes, ohne dass hierin verbotene Eigenmacht liegt. Im Falle von Nutzungsrechten an Software wird der Kunde etwaige auf Hardware gespeicherte Programmkopien herausgeben und Sorge dafür tragen, dass keine Kopien auf der Hardware verbleiben. Der DL wird er die Löschung der Programmkopien auf seiner Hardware mit geeigneten Mitteln nachweisen.

Die DL darf das Sicherungsgut - sofern keine abweichenden gesetzlichen Verwertungsbefugnisse Dritter berührt werden - durch freihändigen Verkauf im eigenen Namen oder im Namen des Kunden veräußern. Sie wird dabei auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Sie kann auch von dem Kunden verlangen, dass dieser nach ihren Weisungen das Sicherungsgut bestmöglich verwertet oder bei der Verwertung mitwirkt. Der Kunde hat bei der Verwertung des Sicherungsgutes alles Erlangte unverzüglich an die DL herauszugeben und tritt der DL die Forderungen aus dem Verwertungsgeschäft zur Sicherheit gemäß Sicherungszweck des Kreditvertrages an die DL ab.

Nach Verwertung des Sicherungsgutes wird die DL den ihr nach Abführung der Umsatzsteuer und nach Abzug verwertungsbedingter Kosten verbleibenden Erlös zur Abdeckung der gesicherten Ansprüche verwenden.

Wenn der Verwertungsvorgang der Umsatzsteuer unterliegt, wird die DL eine Gutschrift erteilen, die als Rechnung für die Lieferung der als Sicherheit dienenden Sache gilt und den Voraussetzungen des Umsatzsteuerrechts entspricht. Deckt der Erlös die Ansprüche nicht, so bleibt der Kunde zum Ausgleich der Restforderung der DL verpflichtet. Ein eventuell verbleibender Überschuss wird dem Kunden ausgezahlt, soweit er nicht der DL oder einem Dritten zusteht.

11. Entfallen

12. Entfallen

13. Sonstige Bestimmungen

13.1 Die DL ist aufgrund gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben verpflichtet, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden offen legen zu lassen. Daher haben der Kunde und alle, die als Gesamtschuldner mithaften, der DL oder einer von ihr beauftragten Stelle während der gesamten Laufzeit dieses Kreditvertrages jederzeit, mindestens einmal jährlich, Einblick in die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewähren, hierzu aussagefähige Unterlagen (z. B. Bilanzen/Jahresabschlüsse, Einkommensteuerbescheide und -erklärungen, Vermögensübersichten usw.) sowohl auf Kunden- als auch ggf. auf Konzernebene zu übergeben, jede gewünschte Auskunft zu erteilen und die Besichtigung seines Betriebes zu ermöglichen. **Die DL kann die dafür erforderlichen Unterlagen direkt bei den Beratern des Kunden in Buchführungs- und Steuerangelegenheiten nach Rücksprache mit dem Kunden anfordern.** Soweit die genannten Unterlagen auf Datenträger gespeichert sind, ist der Kunde verpflichtet, diese in angemessener Frist lesbar zu machen. **Die DL ist berechtigt, jederzeit die öffentlichen Register sowie das Grundbuch und die Grundakten einzusehen und auf Rechnung des Kunden einfache oder beglaubigte Abschriften und Auszüge zu**

beantragen, ebenso Auskünfte bei Versicherungen, Behörden und sonstigen Stellen, insbesondere Kreditinstituten, einzuholen, die sie zur Beurteilung des Kreditverhältnisses für erforderlich halten darf.

13.2 Die DL ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die DL nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die DL zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist.

Bankauskünfte sind allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Kunden, deren Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit. Beträgsmäßige Angaben über Kontostände und der DL anvertraute Vermögenswerte sowie Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht. Die DL darf Bankauskünfte über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute erteilen, sofern sich die Anfrage auf deren geschäftliche Tätigkeit bezieht und der DL keine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt. In allen anderen Fällen darf die DL Bankauskünfte nur erteilen, wenn der Kunde dem allgemein oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt hat. Bankauskünfte erhalten nur eigene Kunden sowie andere Kreditinstitute für deren eigene Zwecke und die ihrer Kunden; sie werden nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft darlegt.

Bei mündlichen Auskünften über Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit behält sich die DL eine unverzügliche schriftliche Bestätigung vor, deren Inhalt von diesem Zeitpunkt an maßgeblich ist.

13.3 Die DL führt in Ausnahmefällen ein Konto zur Abwicklung des laufenden Geschäfts- und Zahlungsverkehrs (Girokonto) als Kontokorrent im Sinne des § 355 des Handelsgesetzbuches (Konto in laufender Rechnung). Die DL wird das Kontokorrentverhältnis dem Kunden z. B. durch die Übersendung von Kontoauszügen anzeigen. Soweit nichts anderes vereinbart ist, erteilt die DL jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss. Bei Vorliegen eines berechtigten Interesses einer der Vertragsparteien wird der Rechnungsabschluss auch zu sonstigen Terminen erteilt. Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse müssen der DL schriftlich oder, wenn im Rahmen der Geschäftsbeziehung der elektronische Kommunikationsweg vereinbart wurde (z. B. Online Banking), auf diesem Weg zugehen. Unbeschadet der Verpflichtung, Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse unverzüglich zu erheben, gelten diese als genehmigt, wenn ihnen nicht vor Ablauf von sechs Wochen nach Zugang des Rechnungsabschlusses widersprochen wird. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung. Die DL wird den Kunden bei Erteilung des Rechnungsabschlusses auf diese Folgen besonders hinweisen. Stellt sich nachträglich die Unrichtigkeit heraus, so können sowohl der Kunde als auch die DL eine Richtigstellung aufgrund gesetzlicher Ansprüche verlangen.

13.4 Die DL haftet für eigenes Verhalten auf Schadensersatz nur,

- wenn sie mindestens fahrlässig gegen wesentliche Vertragspflichten verstoßen hat,
- wenn sie mindestens fahrlässig gegen Vertragspflichten verstoßen hat und hierdurch ein Schaden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit entstanden ist oder
- wenn sie gegen ihre sonstigen vertraglichen Pflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verstoßen hat.

Entsprechendes gilt bei einem schadensbegründenden Verhalten der gesetzlichen Vertreter oder der Erfüllungsgehilfen der DL. Hat die DL für ein Verhalten Dritter einzustehen, so kann sie vom Kunden die Abtretung der Ansprüche gegen den Dritten verlangen, die der DL einen Regress gegen den Dritten ermöglichen.

Die DL haftet nicht für Schäden, die durch Störung ihres Betriebes (z. B. Bombendrohung, Sabotage), insbesondere infolge

von höherer Gewalt (z. B. von Kriegs- und Naturereignissen) sowie infolge von sonstigen, von ihr nicht zu vertretenden Vorkommnissen (z. B. Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung) verursacht sind oder die durch Verfügungen von hoher Hand des In- und Auslands eintreten.

13.5 Die DL darf ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag und allen damit zusammenhängenden Verträgen, insbesondere den Sicherheiten, an ein oder mehrere andere Kreditinstitut(e) (nachfolgend jeweils "übernehmendes Kreditinstitut" genannt) übertragen. Die DL darf die hierfür erforderlichen Informationen an das übernehmende Kreditinstitut sowie an solche Personen weitergeben, die aus technischen oder rechtlichen Gründen in die Abwicklung der Übertragung einzubinden sind. Der Kunde befreit die DL insoweit auch vom Bankgeheimnis. Ziffer 13.2 gilt entsprechend.

13.6 Die auf Abschluss, Änderung, Beseitigung oder Beendigung des Kreditvertrages gerichteten Erklärungen des Kunden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform oder einer anderen von der DL für die jeweilige Erklärung vorgegebenen digitalen Form. Sofern eine formgerechte Erklärung des Kunden an eine den Kreditvertrag vermittelnde Sparkasse/Bank übergeben wird, gilt diese auch dann bei der DL als formgerecht zugegangen, wenn die Sparkasse/Bank der DL eine Kopie dieser per Fax oder E-Mail übermittelt.

13.7 Erfüllungsort ist Bad Homburg v. d. Höhe.

13.8 Gerichtsstand ist Bad Homburg v. d. Höhe, wenn der in Anspruch genommene Kunde oder Geschäftsschuldner ein Vollkaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechtes oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

13.9 Beauftragt der Kunde die DL mit zusätzlichen Leistungen, schuldet er der DL ein Entgelt nach Maßgabe des in diesem Zeitpunkt gültigen und auf der Internetseite der DL veröffentlichten Preis- und Leistungsverzeichnisses. Für dort nicht aufgeführte zusätzliche Leistungen schuldet der Kunde das ortsübliche Entgelt.

14. Zugelassene Überlassung des Gegenstandes an Dritte/Forderungsabtretung

14.1 Hat die DL in die Überlassung des Gegenstandes an Dritte eingewilligt, ist die Überlassung - soweit Abweichendes nicht ausdrücklich vereinbart ist zulässig

- im Rahmen des ordentlichen Geschäftsbetriebes des Kunden
- innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

14.2 Die Einwilligung der DL setzt voraus, dass

- dem Nutzer des Gegenstandes zu keinem Zeitpunkt Rechte eingeräumt werden, die die Sicherungsinteressen der DL beeinträchtigen könnten,
- der Kunde der DL den aktuellen Standort des Gegenstandes jederzeit benennen kann,
- der Kunde mit dem jeweiligen Nutzer vereinbart, dass er oder die von ihm ermächtigte DL während der üblichen Geschäftszeiten jederzeit das Recht haben, den Gegenstand zu besichtigen oder zu überprüfen; eine entsprechende Ermächtigung erteilt er der DL bereits mit Abschluss des Investitionskreditvertrages - das der DL nach den Investitionskreditbedingungen zustehende Recht zur Überprüfung des Gegenstandes erstreckt sich auch auf die Überprüfung des Gegenstandes bei dem Nutzer des Gegenstandes,
- der Kunde im Falle einer Dauerüberlassung den jeweiligen Überlassungsvertrag und alle mit seinem Abschluss oder seiner Änderung im Zusammenhang stehenden Unterlagen der DL unverzüglich in Kopie zur Verfügung stellt; im Falle einer (wiederholten) Kurzzeitüberlassung des Gegenstandes an verschiedene künftige Nutzer sind die vorstehend genannten Unterlagen und Informationen der DL jeweils auf deren Anforderung hin unverzüglich vorzulegen oder mitzuteilen.

14.3 Zur Sicherung aller bei Abschluss des Kreditvertrages bestehenden Ansprüche der DL gegen den Kunden tritt dieser mit Abschluss des Kreditvertrages alle den Gegenstand betreffen-

den jetzigen und künftigen Ansprüche und Rechte, die ihm gegen den jeweiligen Nutzer oder gegen Dritte, auch Versicherungen des Nutzers, zustehen, an die die Abtretung annehmende DL ab. Die DL ist zur Offenlegung der Abtretung nach vorheriger Ankündigung mit angemessener Nachfrist - soweit dies nicht untunlich ist - berechtigt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der sie zur außerordentlichen Kündigung oder sonstigen Beendigung des Kreditvertrages berechtigen würde.

14.4 Wesentliche die Überlassung des Gegenstandes betreffende Veränderungen, insbesondere einen erneuten Standort- oder Nutzerwechsel, wird der Kunde der DL jeweils unverzüglich mitteilen. Der Kunde ist verpflichtet, der DL auf deren Anforderung Auskunft über alle die Überlassung des Gegenstandes betreffenden Umstände zu erteilen und die DL bei der eventuellen Geltendmachung von Ansprüchen zu unterstützen.